

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtnerei-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich. * Annahmeschluss für dringende Berichte: Montag früh **

Schriftleitung und Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtnerei-Fachblatt“ durch die Post 3,- Mk. unter Streifband 3,50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtnerei-Fachblatts“ vierteljährl. durch die Post 1,- Mk. unter Streifband 1,30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtnerei-Fachblatt“

Die Lage des Arbeitsmarktes im Gärtnereiberuf.

Anfang August 1914, bei Ausbruch des Krieges, drohte uns eine große Arbeitslosigkeit. In vielen Betrieben wurde zahlreiches Personal entlassen. Wo das nicht geschah, wurde die baldige Entlassung aber in Aussicht gestellt, und gleichzeitig wurde oft eine bedeutende Lohnkürzung vorgenommen, weil angeblich sonst die Weiterbeschäftigung des schon verringerten Personals überhaupt nicht möglich sei. Die Zahl der Arbeitslosen vermehrte sich in den ersten Wochen ständig.

Die Verhältnisse haben sich aber dann sehr schnell zu unsern Gunsten geändert. Wir können wohl jetzt behaupten, ohne auf großen Widerspruch auch bei den Arbeitgebern zu stoßen, daß eine ganze Reihe dieser Maßnahmen (wie Entlassung und Kündigung von Arbeitskräften, Lohnkürzungen und Betriebseinschränkungen) auf Kopflosigkeit infolge der unerwartet hereinbrechenden Weltereignisse zurückzuführen ist. Mit Ende des Augustmonats trat schon wieder eine Besserung der Dinge ein. Doch rechnen wir auch späterhin, noch im Spätherbst, nicht mit einer so günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes. Wir erwarteten auf jeden Fall für den Winter eine größere Arbeitslosigkeit. Auch das traf nicht ein.

Heute, Ende Januar, wo in normalen Zeiten infolge der Witterung alljährlich die größte Arbeitslosigkeit herrschte, haben wir eine Arbeitslosenziffer, wie sie sonst nur in den günstigsten Zeiten, nämlich im Frühjahr, vorzukommen pflegt.

Einige Zahlen mögen die Entwicklung der Arbeitsmarktlage dartun. Es sind das die Zahlen über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder unseres Verbandes, wie sie allmonatlich an das Kaiserliche Statistische Amt berichtet werden. Wir stellen die Zahlen von 1913 und 1914, des besseren Vergleichs wegen, gegenüber. Die Zahlen der Arbeitslosen beziehen sich auf den Schluß des Monats.

Monat:	1913:	1914:
August	394	247
September	309	186
Oktober	133	72
November	162	56
Dezember	444	52

Diese Zahlen allein beweisen aber noch nicht alles. Die Dauer der Arbeitslosigkeit des einzelnen Arbeitslosen würde noch mehr sagen. Es besteht kein Zweifel, daß die jetzt als arbeitslos Gemeldeten mit wenig Ausnahmen sehr kurze Zeit arbeitslos sind. War sonst um diese Zeit ein ganz geringes Angebot offener Stellen, so liegen Stellenangebote jetzt schon sehr zahlreich vor. Dadurch ist die Dauer der Arbeitslosigkeit bei dem einzelnen Arbeitslosen naturgemäß geringer.

In unsern Arbeitsnachweisen überwiegt das Angebot an offenen Stellen die Zahl der Stellensuchenden schon seit Wochen. In Städten wie Leipzig, Stuttgart, München, Frankfurt a. M., Köln,

Düsseldorf, Hannover waren mit Beginn des Monats Januar überhaupt keine Arbeitslosen vorhanden. In Hamburg, Berlin, Dresden bestehen die vorhandenen Arbeitslosen zum großen Teil aus verheirateten, älteren Kollegen, die auch leider noch jetzt von den Unternehmern nicht eingestellt werden.

Die günstige Lage des Arbeitsmarktes wird aber nicht nur durch unsere Arbeitslosenstatistik und durch unsere Arbeitsnachweise bewiesen, sondern auch durch die Zahl der angebotenen Stellen in den gärtnerischen Inseratenblättern. Eine Zusammenstellung von 8 Inseratenblättern, die am Ende der letzten Woche erschienen, ergab nicht weniger als 836 Stellenangebote, dem nur 117 Stellengesuche gegenüberstehen. Jeder mit unserm Beruf Vertraute weiß, daß dieser Zustand um diese Zeit noch nicht dagewesen sein dürfte.

Für uns Arbeitnehmer ist dieser Zustand recht günstig. Betrachten wir kurz, welche Schlußfolgerungen sich daraus für uns ergeben.

Auf dem Arbeitsmarkt liegt es so, wie auf dem Warenmarkt. Wird eine Ware knapp, wird sie viel begehrt, dann steigt der Preis für die Ware. So auch mit unserer Arbeitskraft. Sind viel Arbeitskräfte vorhanden, die Arbeit suchen, so wird der Lohn von dem Käufer der Arbeitskraft, dem Arbeitgeber, gedrückt. Das mußten wir ja leider schon zu oft, und zuletzt und am fühlbarsten in den ersten Kriegswochen durch die Lohnkürzungen, erfahren. Noch heute bestehen in zahlreichen Fällen, besonders in der Privatgärtnerei, diese Kürzungen weiter. Nun sind aber Arbeitskräfte begehrt, die Nachfrage steigt, und damit muß auch der Lohn steigen!

Je mehr sich jeder Arbeitnehmer dieser Tatsache bewußt wird, desto mehr wird er eine Erhöhung seines Lohnes anstreben. Und das soll zur Hauptsache der Zweck dieser Zeilen sein. **Vor allen Dingen soll jetzt jeder Kollege, dem der Lohn gekürzt ist, dafür Sorge tragen, daß er mindestens den früher bezahlten Lohn wieder erhält.** Da der Arbeitsmarkt in allen Branchen günstig liegt, auch in der Privatgärtnerei, so liegt gar kein Anlaß vor, mit dieser Forderung zurückzuhalten. Ist aber der Arbeitsmarkt schon jetzt so günstig, so wird er in einigen Wochen noch viel günstiger liegen. Eine Gefahr der Arbeitslosigkeit liegt nicht vor.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir die günstige Zeit nach dieser Richtung hin ausnützen. Es ist nichts anderes, als was Geschäftsleute tun, deren Ware jetzt begehrt wird. Sie steigern ihre Warenpreise sofort, nicht selten so, daß man mit Recht von Wucherpreisen spricht. Eine solche Preissteigerung unserer Ware Arbeitskraft liegt selbstverständlich nicht in unserer Absicht.

Die Verbesserung unserer Lohnverhältnisse nach Möglichkeit durchzusetzen, ist schon berechtigt im Hinblick auf die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise. Ein anschauliches Bild, wie die Lebensmittelpreise gestiegen sind, gibt uns die Monatsstatistik für den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie, berechnet auf Grund der Nahrungsmittelration eines Marinesoldaten, von R. Calwer. Danach betrug der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand:

im Monat	1913	1914
August	25,83 Mk.	26,41 Mk.
September	25,78 „	26,14 „
Oktober	25,73 „	27,09 „
November	25,58 „	27,86 „

Die Zahlen für Dezember liegen noch nicht vor, ohne Zweifel steigen die Preise aber weiter. Durch diese Steigerung der Unterhaltungskosten wird aber unsere Lebenshaltung verschlechtert und ist das Bestreben nach einer Verbesserung unserer Einkommensverhältnisse ganz natürlich.

Für unsere Arbeitsnachweise erwächst jetzt auch eine besondere, nicht leichte Aufgabe. Wir werden bestrebt sein, die bei uns gemeldeten Stellen nach Möglichkeit zu besetzen, vor allen Dingen den Unternehmern genügend Arbeitskräfte zuzuweisen, die tarifmäßige Löhne, und wo Tarife nicht bestehen, doch anständige Löhne zahlen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, bei dieser Aufgabe die Organisation zu unterstützen, und zwar dadurch, daß jedes Mitglied solche Kollegen, die noch ohne Stellung sind, an unsere Arbeitsnachweise verweist und jeden **Kollegen, der sich in einem sogenannten Bruchbetriebe befindet**, auf die günstige Lage in unserm Beruf aufmerksam macht und ihn ebenfalls auf unsern Arbeitsnachweis verweist.

Also: Heraus aus den Betrieben mit schlechten Arbeitsverhältnissen! Und: Hinein in Betriebe mit anständigen Arbeitsverhältnissen!

Es gibt auch noch eine Reihe von Kollegen, die arbeitslos zuhause verweilen, in der Meinung, die Arbeitsmarktlage wäre noch ungünstig. Diese Kollegen müssen jetzt Arbeit annehmen, je früher, desto besser!

Man gebe auch **Lehrlingen, die jetzt auslernen**, unsere Adresse, damit sie durch uns eine annehmbare Stellung nachgewiesen bekommen.

Dann gibt es noch Kollegen, die zu Beginn des Krieges andere, wenn auch schlechtbezahlte oder sonst nicht günstige, außerberufliche Arbeit angenommen haben und diese noch jetzt ausführen, — es sei nur erinnert an die Schanzarbeiten. Auch diese Kollegen müssen auf die günstige Lage des Arbeitsmarktes hingewiesen werden.

Auf diese und ähnliche Art kann unsern Nachweisen noch manche Arbeitskraft zugeführt werden.

Unsere Mitglieder werden über die angeregten Fragen in den Versammlungen weiter beraten. Wie in früheren normalen Jahren bringt uns das Frühjahr auch im Kriegsjahr neues Leben und neue Arbeit im Beruf und in der Organisation, dieses Jahr aber frühere und vermehrte Arbeit. Vermehrte Arbeit, weil die große Mehrzahl unserer Mitglieder im Felde steht, die von uns erwartet, daß wir ihre Arbeiten im Verbands mit erledigen; die zuversichtlich erwarten, daß sie bei ihrer Rückkehr die Verhältnisse nicht verschlechtert vorfinden. Enttäuschen wir die Erwartungen unserer Kollegen im Felde nicht! Arbeiten wir alle mit angestrengter Kraft!

Josef Busch.

Krieg und Gärtnerei.

VII.*) Vom Reichsverband. — Handelsgärtnerverband und Tarifverträge. — Nachahmenswertes aus Bremen.

„Der Reichsverband für den deutschen Gartenbau hat keine wirtschaftlichen Aufgaben; seine einzige Aufgabe ist: Gartenbauwochen vorzubereiten und zu veranstalten.“ So sind wir neuerdings belehrt worden, und so soll es auch in den Satzungen stehen. Und der Ausspruch des Herrn Ziegenbaig: „Zu besonderen Taten liegt für den Reichsverband grade jetzt keine Veranlassung vor“, soll sich demzufolge nur auf die Gartenbauwochen bezogen haben.

Wenn dem so ist, dann allerdings war unsere Beurteilung in Nr. 2, von einem Sichselbstausschalten oder Ausgeschaltetsein, nicht am Platze. In dessen muß auch die Möllersche Zeitung, die darüber eigentlich besser unterrichtet sein sollte (wir sind noch bis heute nicht im Besitze eines Abdrucks jener Satzung, haben auch sonst noch keine Gelegenheit gehabt, von dieser Kenntnis zu nehmen. Schriftl. d. A. D. G.-Z.), in einem ähnlichen Irrtum befangen sein, als wir es waren; denn auch diese hat sich ja darüber aufgehalten (vergl. Nr. 52, S. 556), daß der Reichsverband zu den beruflich notwendigen Kriegsmaßnahmen sich teilnahmslos ver-

hielt. — Das Bestehen eines sogenannten „Wirtschaftlichen Ausschusses“ im Reichsverbande und die Tatsache, daß man schon einige Male die Frage der Einsetzung eines „Ausschusses für Arbeitnehmerangelegenheiten“ erörtert hat, hat uns dazu verleitet anzunehmen, der Aufgabenkreis sei bereits so weit gesteckt, als wir es zum Ausgangspunkt unserer in Frage kommenden Bemerkungen gemacht hatten.

Die beruflichen Sondervereine haben sicher ein jeder ihre besonderen Aufgaben, und von einem etwaigen restlosen Preisgeben derselben zuunsten eines Reichsverbandes, in dem der gesamte Gartenbau eine Vertretung finden soll, kann selbstverständlich keine Rede sein. Aber es gibt unsers Erachtens dennoch recht zahlreiche und wichtige Fragen, die besser zu ihrem Rechte kommen würden, wenn sie auf der viel breiteren Grundlage einer Reichsbundsgemeinschaft durch Vertreter aller Körperschaften des Berufs erörtert und gefördert werden könnten. Es braucht nicht immer das einander Trennende hervorgekehrt werden; auch das durch die Verhältnisse gegebene Einigende dürfte füglich mehr zu seinem Rechte kommen. Der Krieg hat doch anderswo schon weit größere „Wunder“ gewirkt. — Vertreter des A. D. G. V. und des christlichen Verbandes hatten am 21. Januar eine erste Besprechung in einem Vertreterkreise des Reichsverbandes f. d. d. G. Busch vom A. D. G. V. trug eine Anzahl Anregungen vor. Einige derselben fanden aufnahmefähigen Boden. Exzellenz Thiel, der Vorsitzende des Reichsverbandes, sprach den Wunsch aus, es möchte sich später öfter mal Gelegenheit zu solchen gemeinsamen Aussprachen finden; manche Härten und Schärfen, die sonst zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorhanden sind, dürften sich dadurch allmählich mildern. Weiteres läßt sich über die Bedeutung dieser Zusammenkunft noch nicht sagen. Man muß das weitere eben abwarten und sich entwickeln lassen, was davon entwicklungsfähig. Alte Gewohnheiten fegt im Lande und im Volksinnern auch ein Weltkrieg nicht auf einmal weg, besonders nicht dort, wo der Krieg sich am wenigsten fühlbar macht. —

In Nr. 3 vermerkten wir, der Vorstand des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands beschäftigte sich noch immer mit der Düsseldorfer Tarifvertragsangelegenheit, und er habe diese nun dem Verbands-Ausschuß zur Entscheidung überwiesen. In Nr. 3 des Handelsblattes f. d. d. G., vom 16. Januar, kann man in auffallendem Druck folgende verbandsamtliche Bekanntmachung lesen:

„Bekanntmachung etwaige Abschlüsse von Lohntarifen betreffend. Für den Fall, daß im Laufe dieses Frühjahrs hier oder dort zwischen gärtnerischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Lohntarife abgeschlossen werden sollten, bringt der Vorstand hierdurch den Beschluß des Ausschusses vom 12. Februar 1914 in Erinnerung, nach welchem diese Lohntarife im Namen einer Gruppe oder sonstigen Unterorganisation unseres Verbandes nicht abgeschlossen werden dürfen.

Der Vorstand des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands.

Max Ziegenbaig, Vorsitzender.“

Staatliche Behörden, im besonderen Militärbehörden, denken über Tarifverträge schon anders; denn man kann erfreulicher Weise beobachten, daß von diesen Seiten solche Verträge als Grundlage für allgemeine Lohnordnungen benutzt und die Lohnsätze als ortsübliche Grundlöhne erklärt werden. —

Aus der Verwaltungsstelle Bremen des A. D. G. V. wird folgendes berichtet: „Die Frauen der zum Kriegsdienst einberufenen Kollegen haben ihre Verbands-Weihnachtsunterstützung persönlich abgeholt. Sie waren darüber recht erfreut, und wir sind überzeugt, auch dies wird ein Mittel sein, die Frauen künftighin dem Verbands geneigter zu erhalten. Da die hiesigen verheirateten Kollegen fast alle ein Stückchen Land zur Aufzucht von Gemüse für ihren Haushalt in Pacht haben, so ist in Aussicht genommen, die Bearbeitung des Landes von Familien, deren Ernährer beim Heere steht, durch Verbandsmitglieder besorgen zu lassen, die zu dem Zwecke ihre freie Zeit unentgeltlich zur Verfügung stellen wollen.“ Letzterwähnte Hilfeleistung verdient auch in anderen Orten Nachahmung.

Militärische Maßnahmen gegen Lohnkürzungen.

Wie aus Köln berichtet wird, hat der Kommandierende General von Ploetz sowie der Militär-Polizeimeister v. Glaseapp dort folgende Bekanntmachung erlassen:

„Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß trotz der Wiederbelebung des Geschäftslebens, namentlich auch durch die umfangreichen Aufträge der Heeresverwaltung, einzelne Handels- und Unternehmerfirmen sich noch immer nicht dazu haben entschließen können, die gegen ihre Angestellten und Arbeiter nach der Mobilmachung vorgenommenen Gehalts- und Lohnkürzungen zu beseitigen und entlassene Angestellte und Arbeiter wieder anzunehmen. Das frühere Verhalten dieser Firmen war wirtschaftlich bedenk-

*) Vergl. Jahrg. 1914 Nr. 37, 38, 45, 47; 1915 Nr. 2, 3.

lich, ihr jetziges Verhalten ist unbillig, oft ungesetzlich und macht Gegenmaßnahmen erforderlich. Bevor ich solche Maßnahmen verordne, verwarne ich die gedachten Firmen hiermit nachdrücklichst."

Der Kommandierende General des I. bayrischen Armeekorps hat Mitte November einen Erlaß veröffentlicht, der sich gegen Gehaltskürzungen und Lohnminderungen, im besonderen gegenüber Heimarbeiterinnen, richtet und zur Hintanhaltung eines derartigen „gemeingefährlichen Gebärens“ strenge Zwangsmaßnahmen in Aussicht stellt.

Der Verband der Schneider und Wäschereiarbeiter hatte sich mit einer Eingabe an das Korpsbekleidungsamt in Berlin gewandt und gebeten, für Schneiderarbeiten, die für das Heer geliefert werden, einheitliche Preise festzusetzen. Dem ist durch kriegsministerielle Verfügung vom 11. November entsprochen worden. Die einzelnen Bekleidungsämter setzen die Arbeitspreise nunmehr einheitlich für jede Stückart fest, wodurch der Zahlung von Hungerlöhnen wirksam vorgebeugt wird.

Der deutsche Holzarbeiterverband hat mit den zuständigen Unternehmerverbänden in Berlin ein Abkommen über Mindestlöhne für die jetzt anzufertigenden verschiedenen Sorten von Geschloßkörben getroffen. Verstöße dagegen wurden dem Kriegsministerium beschwerdeführend mitgeteilt. Daß diese Beschwerden nicht erfolglos sind, beweist der nachfolgende Brief, der einem der in Frage kommenden Unternehmer zugestellt wurde.

„Artilleriewerkstätte Spandau.

An die Firma

Es ist in Erfahrung gebracht, daß Sie an Ihre Arbeiter zu niedrige Löhne zahlen. Sie haben sich an den, vom Deutschen Holzarbeiter-Verband aufgestellten Tarif zu halten. Sollten neue Beschwerden gegen Sie auftreten, werden Ihnen Aufträge nicht mehr erteilt werden.

I. A.: Lanz."

Diese Mitteilung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Ist ein gewerkschaftlicher Krankengeldzuschuß auf das Krankengeld der Krankenkasse anzurechnen?

Diese Frage war seit Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung in der Schwebe. Durch einen Entscheid des Reichsversicherungsamtes vom 15. November 1914, ist dieselbe nun bejaht worden. § 189 der Reichsversicherungsordnung lautet: „Erhält ein Versicherter Krankengeld gleichzeitig aus einer andern Versicherung, so hat die Krankenkasse ihre Leistung soweit zu kürzen, daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes den Durchschnittsbetrag seines durchschnittlichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Die Satzung kann die Kürzung ganz oder teilweise ausschließen.“ Hierzu führt das Reichsversicherungsamt aus: Durch die Verhandlungen in der Reichstagskommission und in den Vollsitzungen des Reichstages sei schlüssig dargestellt, daß es der Wille des Gesetzgebers sei, nicht bloß jene Unterstützungen mit in Anrechnung zu bringen, auf die ein Versicherter einen klagbaren Rechtsanspruch hat, sondern auch alle jene von Gewerkschaften und dergleichen, die nach den Gewerkschafts-Satzungen nur „freiwillig“ geleistet werden.

Die Satzung der Krankenkasse kann das allerdings ausschließen. Geschehen ist das aber bisher wohl noch von keiner Kasse, und es ist solches auch kaum von einer oder von einer nennenswerten Anzahl von Kassen zu erwarten. Andererseits sammeln aber Gewerkschaften keine Gelder, um damit eine Krankenkasse in ihrer Leistungspflicht zu entlasten.

Die von Gewerkschaften (erst im letzten Jahrzehnt) eingeführte Krankenunterstützung war und ist nur als ein Zuschuß zum Krankengeld der Krankenkasse gedacht, als ein Zuschuß, um einerseits den Unterschied zwischen Krankengeld und dem sonstigen Arbeitsverdienst in etwas auszugleichen, und um andererseits den erforderlichen Mehraufwand für die Lebenshaltung in der Krankheitszeit bestreiten zu helfen. Es kann allerdings nicht geleugnet werden, daß es schon Verbände gibt, wo der Krankengeldzuschuß bereits diese Grenze überschritten hat (unser Verband gehört zu diesen ja nicht); ein solcher Zustand ist letzten Endes in der Tat nicht wünschenswert; denn wenn und wo er besteht, dort fördert er bei vielen unvermeidbar den Trieb zur sogenannten Simulation. Erhöhte Sondereinkünfte soll eine Krankheit nicht zur Folge haben. Im Hinblick darauf läßt sich gegen die vom Reichsversicherungsamt gefällte Entscheidung also nicht viel einwenden.

Es wird nun Sache der in Betracht kommenden Gewerkschaften sein, sich dieser Rechtslage anzupassen. Sie (die Gewerkschaften) können durch ihre Satzung bestimmen, daß sie Krankengeldzuschuß nur in solcher Höhe leisten, „daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes den Durchschnittsbetrag seines durchschnittlichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt“. Vielleicht ist es auch noch rätlicher, den Unterstützungszweig ganz eingehen zu lassen und die in Frage kommende Zuschußunterstützung aus

dem Unterstützungszweig „Notunterstützung“ zu leisten, nach den hierbei geltenden Regeln. Krankenkassen von ihren Pflichtleistungen zu entlasten; dazu können sich Gewerkschaften auf keinen Fall hingeben.

Rundschau

Gewerkschaften und Kriegswucher.

Es ist nur natürlich, daß die Gewerkschaften dem Warenwucher Aufmerksamkeit schenken. Heißt es doch nichts anderes, als die Arbeit der Gewerkschaften in Frage stellen, wenn die wareverbrauchenden Mitglieder der Gewerkschaften dem hemmungslosen Profitstreben ungeschützt ausgesetzt sind. Wichtig ist dabei der Schluß, zu dem die Gewerkschaften bei ihrer Sorge vor der Ausplünderung gelangen; das Mittel zur Abwehr ist von Wichtigkeit. Das Organ der freiorganisierten deutschen Metallarbeiter erklärt über dieses Mittel kurz und unzweideutig:

„Soll aus den Kriegswuchererfahrungen die rechte Lehre gezogen werden, so kann es nur die sein, daß dem Gewinnbestreben möglichst allgemein der Boden entzogen wird. Solange der sachfremde Zweck der Gewinnmacherei die Volkswirtschaft beherrscht, ist keine wesentliche Besserung zu erwarten, weder zu gewöhnlichen Zeiten, noch dann, wenn das Vaterland in besonderer Gefahr ist. Wie die Konsumgenossenschaften als Vorläufer einer kommenden zeitgemäßen Wirtschaftsform schon heute nur den reinen Zweck der Bedürfnisbefriedigung als Unterlage ihrer Wirtschaftsweise kennen und wie einzig darum bei ihnen weder von Kriegs- noch von Friedenswucher jemals geredet wird, so muß auch die allgemeine Wirtschaft des Volkes die Zins- und Zehntenschlucker gründlich abschütteln! Aber davon wollen leider auch heute nach den trüben Erfahrungen, die sie mit der Gewinnwirtschaft bei der gefährdeten Lage des Vaterlandes in der harten Kriegszeit gemacht haben, viele Parteien und Gruppen des Volkes immer noch wenig wissen. Ist es aber schon traurig genug, wenn immer erst schlimme Erfahrungen kommen müssen, ehe die Menschen klug werden, dann sollte aber mindestens mit den bösen Erfahrungen auch die bessere Einsicht kommen.“

Das sind treffende Bemerkungen zur rechten Zeit. Wer sich jetzt nicht durch Selbstschutz der Schröpfung erwehrt, dem ist eigentlich überhaupt nicht mehr zu helfen. Schade nur, daß der Einsichtslose nicht nur sich selbst im Lichte steht, sondern daß er auch durch seine und seiner Gleichgearteten Trägheit die volle Entfaltung der Kaufkraft des Verbrauchs verhindert und damit auch andere schädigt.

Verkehr mit deutschen Kriegsgefangenen.

Wer mit deutschen Kriegsgefangenen im Auslande korrespondieren will und ihre Adressen nicht weiß, kann die Mitwirkung einer der nachbezeichneten Auskunftsstellen in Anspruch nehmen:

1. Zentral-Nachweis-Büro des Kriegsministeriums,
Berlin NW 7, Dorotheenstraße 48.
 2. Agence de renseignements pour prisonniers de guerre.
Genève,
rue de l'Atténée 3.
 3. La croix rouge française Commission des prisonniers de guerre.
Bordeaux,
56 Quai des Chartrons.
(Auskunft über Kriegsgefangene in Frankreich.)
 4. The Prisoners' of War Information Bureau.
London,
49, Wellington Street, Strand.
(Auskunft über Kriegsgefangene in Großbritannien.)
 5. Das Dänische Rote Kreuz in Kopenhagen.
(Auskunft über Kriegsgefangene in Rußland.)
 6. Kommander Prisoners of war
Gibraltar.
(Auskunft über Kriegsgefangene in Gibraltar.)
- Sendungen an diese Auskunftsstellen müssen offen sein und, wenn sie portofrei befördert werden sollen, den Vermerk: „Kriegsgefangenenensendung“ tragen.

August Bebel zum Krieg.

In einer großen Versammlung zum Besten der Arbeits- und Obdachlosen in der Berliner „Philharmonie“ sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum und teilte dabei auch eine bisher unbekannte Äußerung August Bebels mit, die dieser verstorbene Führer in einer geschlossenen Sitzung der Geschäftskommission des Reichstags im Jahre 1913 bei der Beratung der Heeresvorlage getan hat. Der damals schwerkranke Mann sagte, von tiefster innerer Erregung geschüttelt, das Folgende:

Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich von der Sozialdemokratie, der freilich ihre Gegner, die zum Teil unverständlich, zum Teil aber auch gehässig sind, oftmals den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat im Gegensatz zu dieser Be-

hauptung niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reiches die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen leider immer noch rechnen, namentlich von Osten her. Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den zu verhindern ich glaube auch die deutsche Regierung alles tut, dann müßte er bei dem heutigen Stand der Waffentechnik, bei der Organisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Staatenbündnisse in Westeuropa einen ungeheuren Umfang annehmen. Er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Forderung. Die Sozialdemokratie war die erste große politische Partei, die das klar erkannte und daher in ihr Programm den Satz aufgenommen hat, der die Wehrhaftmachung, die Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit fordert. Die Sozialdemokratie geht aber noch weiter: sie will die Wehrhaftmachung des Volkes nicht nur vom körperlichen und vom technischen Standpunkt aus betreiben; das Vaterland verteidigt man nicht nur mit Maschinengewehren und Kanonen, mit Lanzen und Säbeln, mit starken Fäusten und mit schnellen Beinen, dazu gehören auch bestimmte geistige und sittliche Eigenschaften des Volkes, und die Sozialdemokratie will auch diese geistigen und sittlichen Eigenschaften des Volkes stärken, auf denen, wie die Geschichte aller Zeiten und Völker lehrt, die Selbstbehauptung einer Nation in erster Linie beruht. Diese geistigen und sittlichen Eigenschaften sieht die Sozialdemokratie tief begründet in dem auf wirklicher Freiheit und Gleichheit wurzelnden Gefühl der Zusammengehörigkeit der Volksangehörigen.

Die deutsche Arbeiterschaft ist überzeugt, fügte Südekum hinzu, daß ihr Vaterland angegriffen worden ist. Mag die Diplomatie noch so viel versäumt haben, letzten Endes bleibt als Kreisursache doch der ungestüme Ausdehnungsdrang Rußlands und die gefährliche Einkreisungspolitik Englands, die sich beide Frankreich dienstbar zu machen wußten. Aus dieser Erkenntnis war die Haltung der Sozialdemokratie die selbstverständliche Folge, und deshalb hat die deutsche Arbeiterschaft keinen Anspruch auf besondere Anerkennung ihres Verhaltens erhoben und erhebt sie nicht. Was sie aber beanspruchen muß, ist, daß man ihre besondere Stellung zu allen Problemen des gesellschaftlichen und menschlichen Zusammenlebens nach innen und nach außen klar anerkennt, während man ihr bisher diese Anerkennung versagt hat. Wenn wir darüber sprechen, so wollen wir keineswegs den unabweisbaren Burgfrieden stören.

Bekanntmachungen

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

Hauptverwaltung: Berlin S 42, Luisenufer 1 — Fernruf: Moritzplatz, 3725 — Vorsitzender: Jos. Busch. — Postscheckkonto: Nr. 10301, Albert Lehmann, Berlin.

Diese Woche ist der 5. Wochenbeitrag fällig.

Hauptverwaltung

19. Quittung über Beiträge zum Kriegs-Notfonds.

Ortsverw. Berlin: Überschuß vom Unterhaltungsabend: 34,25 Mk., Bezirk Grunewald, Liste 122: 19 Mk.; Ortsverw. Mannheim, Tellersammlung: 8,80 Mk., Bezirk Neustadt: 2 Mk.; Ortsverw. Ulm: 3 Mk.; Einzelmitglied Hausotter-Hochheide: 2 Mk.; An Zinsen überwiesen von Ortsverw. Mannheim: 17,50 Mk., Braunschweig: 4,05 Mk., Solingen: 7,45 Mk.

Zusammen: 96,05 Mk.

Bisher quittiert: 2944,38 Mk.

Gesamtbeitrag: 3040,43 Mk.

An die Zeitungsempfänger!

Wir ersuchen dringend, nachzuprüfen, ob die Zahl der erhaltenen Zeitungen noch mit der Mitgliederzahl übereinstimmt. Wo zuviel Zeitungen geliefert werden, ist sofort die entsprechende Zahl abzubestellen. Selbstverständlich müssen überall einige Exemplare für die Agitation verbleiben.

Zu sofort verheir. oder unverheir. Obergärtner

für großen Garten mit Park (Neumark) gesucht. Derselbe muß nüchtern und ehrlich sein und sein Fach vollständig beherrschen, besonders in Orchideen, Obst und Gemüsebau firm sein. Zeugnis-Abschriften und Gehaltsforderung unter S. S. 1915 an Josef Wichterich, Leipzig, Bosestr. 6, erbeten.

Sämtliche Fachbücher zu Originalpreisen liefert
Andreas VOB
(Vossianthus - Verlag)
Berlin W 57, Potsdamerstr. 64.

Für Rittergut in der Neumark
Gärtner u. Jäger
für sofort oder später gesucht. Bewerbungen m. Gehaltsanspr. u. Zeugnisabschr. u. T. R. 17 an Josef Wichterich, Leipzig, Bosestr. 6.

Für mein 10 Morgen großes Gut, wovon 2 Morgen Garten, suche ich zu baldigem Eintritt

gelernten Gärtner

Süddeutscher bevorz., ledig oder verheiratet (Gärtnerhaus), zur Aus- oder für ständig, Bewerbungen mit Zeugnissen, Lohnansprüchen, Familienverhältnissen an S. Schaal, Fabrikant, Scheer, Württemberg.

Gaue und Ortsverwaltungen

Anderung der Verwaltungsgeschäfte in den Gaue Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Mainz, Stuttgart und Frankfurt a. M.

Der Gauleiter für den **Gau Berlin**, Kollege W. Kwasnik, ist seit dem 21. Januar zum Kriegsdienst einberufen. Sämtliche Verwaltungsgeschäfte dieses Gaues erledigt deshalb von Anfang Februar ab Kollege L. Steinberg, der Kassierer des Gaues (der bis dahin noch, anstelle des schon seit Kriegsausbruch einberufenen Kollegen H. Link in Düsseldorf, die Verwaltungsarbeiten des Gaues Düsseldorf erledigt). **Alle Sendungen für den Gau sowie für die Ortsverwaltung Berlin** sind demnach jetzt an L. Steinberg, Berlin, Luisenufer 1, zu richten.

Die Verwaltungsgeschäfte des **Gaues Düsseldorf** erledigt ab 1. Februar der Gauleiter des Gaues Hamburg, Kollege Albert Kummer, der zu diesem Zwecke nach Düsseldorf übersiedelt. **Sendungen für den Gau Düsseldorf** sind fortan zu richten an A. Kummer, Düsseldorf, Wallstraße 10.

Die Verwaltungsgeschäfte des **Gaues Hamburg** werden vom Kollegen A. Kummer von jetzt ab in Düsseldorf mit erledigt, und gilt dafür die obengenannte Adresse. (Die Geschäfte der Ortsverwaltung Hamburg führt nach wie vor Kollege C. Klus, Hamburg, Besenbinderhof 57, III, Zimmer 26.)

Infolge der veränderten Verhältnisse wird der **Gau München dem Gau Frankfurt a. M. angeschlossen**. Das Büro in München (Pestalozzistr.) ist aufgehoben. Die Geschäftsstelle der bisherigen Gaue Frankfurt, Stuttgart und München befindet sich in **Frankfurt a. M.; Adresse: Johann Rolke, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51, II, Zimmer 23**. Nach dort sind alle Sendungen und Anfragen, die den Gau betreffen, zu richten.

Weiteres wird den bisherigen Verwaltungsstellen des **Gaues München** noch durch Rundschreiben mitgeteilt. Die Einzelmitglieder des Gaues München bleiben nach wie vor mit der Gauleitung in Verbindung, haben in Zukunft ihre Beiträge nach der oben angegebenen Adresse in Frankfurt a. M. zu entrichten.

Alle Anfragen für die **Ortsverwaltung München** sind zu richten an **Josef Haisermann, Nymphenburg b. München, Hirschgartenallee 20, II**. Sprechst. von 12-1 Uhr mittags u. abends ab 1/2 Uhr.

Barmen. Das Büro in der Gewerbeschulstr. 107 ist aufgehoben. Die Verbandsgeschäfte, wie auch der Stellennachweis werden beim Koll. P. Schulz, Heckinghauserstr. 52, I, erledigt.

Krefeld. Koll. Krause ist einberufen. Die Adresse des jetzigen Kassierers ist: Karl Strunden, Krefeld, Fischelnerstr. 68, I.

Stuttgart. Das Büro, Eblingenstr., ist aufgehoben. Die Verwaltungsgeschäfte werden in der Wohnung des Kollegen Arnold, Pragstr. 2, II, erledigt. Sprechstunden abends von 7 1/2—8 1/2 Uhr. Die Ausgabe der Marken und Zeitungen findet jeden Samstag im Gewerkschaftshause statt.

Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Mitglieder.

- In Österreich fiel
Wilhelm Hansinger,
eingetreten 4. Okt. 1913, Mitglied in Hamburg-Reinbeck.
- In Frankreich fiel
Johann Adelhart,
geb. 6. April 1888 in Neusteinreuth. Mitglied seit 1. Juli 1913 in München.
- In Frankreich fiel
Gottfried Thornton,
geb. 2. Sept. in Wien. Mitglied seit 8. März 1913 in München.
- In Frankreich fiel
Ludwig Hofmann,
geb. 8. Febr. 1893 in München. Mitglied seit 20. Jan. 1913 in München.
- Im Monat August fiel auf dem Schlachtfelde im Westen
P. Wasserzieher,
geb. 25. Juli 1891, eingetr. 7. Aug. 1912 in Köln. Diente aktiv.

EHRE IHREM ANDENKEN!

Tücht. Gärtner

(evangelisch, militärfrei) zum 15. Februar, spätestens 1. März, für unsere Anstalt gesucht. Bewerber muß in Gemüse- und Obstbau erfahren und auch imstande sein, während des Krieges Landwirtschaft und Stall sachgemäß zu beaufsichtigen. Angebote mit Lebenslauf, begl. Zeugnisabschriften, Gehaltsanspr. sogleich an **Wolfer Walsenhelm, Wolf z. d. Miesel** (Kreis Bernkastel).

Wohnhaus,

3 stöckig, bei **Meiningen** gelegen, passend für Gärtner, 1913 erbaut, konkurrenzlos, da Gärtner fehlt, bei 5000 Mark Anzahlung zu verkaufen. Restkaufgeld bleibt lange Jahre stehen. **Hoffmann & Co., Berlin, Elsasserstr. 25a.**

Jüngerer, unverh. Gärtner

per sofort unter guten Bedingungen mit nur guten Zeugnissen gesucht. Schriftliche Offerten. **Sanatorium Grunewald, Berlin-Grunewald, Hagenstr. 43-47.**